

Mike Schmeitzner

Verhinderter Pluralismus

Die Freie Deutsche Jugend und die bürgerliche Konkurrenz

Während nach 1945 in den Westzonen Deutschlands die – an Weimarer Maßstäben gemessene – Pluralität im politischen Raum und in der Jugendfrage wieder aufleben konnte, kam es in der »Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands« (SBZ) zu einer gegensätzlichen Entwicklung. Die hiesigen Machthaber, sowjetische Offiziere und deutsche Kommunisten, legten keinen Wert auf einen solchen Pluralismus, wollten sie doch ihre eigene Herrschaft durchsetzen. Aufgrund ihres anfänglichen gesamtdeutschen Ansatzes versuchte jedoch die KPD, eine zu durchsichtige Sowjetisierungsstrategie zu vermeiden. Unter der Parole der »antifaschistisch-demokratischen Umwälzung« ging sie dennoch sofort daran, zentrale sozialökonomische Weichenstellungen wie die Verstaatlichung der privaten Banken in der eigenen Zone zu verwirklichen. Auf der politischen Ebene übernahm die KPD von Anfang an eine führende Rolle, indem sie mit Unterstützung der Besatzungsmacht den im Sommer 1945 entstandenen »Antifa-Block« der Parteien dominierte. SPD, CDU und LDP verfügten über keine wirklichen Handlungsspielräume.¹

Auch in der Jugendfrage erkannten Sozialdemokraten, Liberale und Christdemokraten schnell, dass für pluralistische Ansätze kaum Gestaltungsmöglichkeiten existierten. Wie schon bei ihren gesellschaftspolitischen Überlegungen hatte auch in diesem Punkt die KPD in ihren Moskauer Exilplanungen die Leitlinien vorgegeben. Statt einem eigenen parteipolitischen bzw. einem »einheitlichen proletarischen« Jugendverband gab sie einer »einheitlichen Massenorganisation aller Jugendlichen« den Vorzug.² Zwar wurde – ebenso wie in der Frage einer sozialistischen Einheitspartei – eine solche Massenorganisation der Jugend noch nicht sofort im Sommer 1945 ins Leben gerufen, doch legten die Kommunisten mit der Gründung von Jugendausschüssen den Grundstein für deren spätere Etablierung. Ähnlich wie im »Antifa-Block« der Parteien versuchten Mitglieder der KPD auch in den Jugendausschüssen zu dominieren, wie der zentrale Berliner Ausschuss mit Erich Honecker an der Spitze eindrücklich zeigt. Eine Legitimation erfuhren diese Einrichtungen durch eine Verordnung der »Sowjetischen Militäradministration in Deutschland« (SMAD) vom 31. Juli 1945. Andere Jugendorganisationen wurden darin ausdrücklich verboten.³ Das einzige Zugeständnis an die Parteien bestand in den Anfangsjahren in der Zulassung von Jugendreferaten zur Betreuung ihrer jüngeren Mitglieder.